

# **Haushaltsrede 2018**

## **des Bürgermeisters der Gemeinde Sontheim an der Brenz**

**- *Es gilt das gesprochene Wort!* -**

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bringen heute den Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2018  
einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2019 bis 2021 ein.

Mit diesem Haushalt behandeln wir ganz grundsätzlich die Zukunftspläne  
und die Weiterentwicklung in unserer Gemeinde.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist ein Vorschlag an den Gemeinderat,  
den wir am 09.01.2018 im Gemeinderat beraten und am 23.01.2018 ver-  
abschieden wollen.

An dieser Stelle darf ich mich für die sehr gute und zeitintensive Arbeit,  
die in die Erstellung des vorliegenden Planwerkes hineingesteckt wurde,  
vor allem bei unserem Kämmerer Herrn Horlacher, beim stellvertretenden  
Kämmerer Herrn Frühsammer und allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen  
der Finanzverwaltung ganz herzlich bedanken.

Leider müssen wir die Haushaltsplanberatungen ohne Herrn Horlacher führen, da er zu meinem ausdrücklichen Bedauern die Gemeindeverwaltung wieder in Richtung Privatwirtschaft verlassen wird.

Bedanken darf ich mich aber auch bei allen Budgetverantwortlichen und Mitarbeitern unserer Verwaltung für die zielführende Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 2018.

Meine Damen und Herren,

Dieser Haushaltsplan hat im Vermögenshaushalt zwar ein geringeres Volumen als im Haushalt 2017, dennoch hat er es in sich. Doch die geplanten Investitionen werden unsere Gemeinde wieder ein Stück voranbringen.

Wie in den vergangenen Jahren auch, gehen wir bei diesem Entwurf an unsere Leistungsgrenzen – finanziell und personell –.

Das muss uns allen klar sein.

Doch es hat einen guten Grund.

Wir wollen unsere Gemeinde weiter fit machen für die Zukunft und für die Herausforderungen sowie Anforderungen der kommenden Jahre.

Neben den Investitionsschwerpunkten in den Bereichen Bildung und Betreuung, der Schaffung von Wohnraum und der Straßensanierungen, steht nach wie vor ein großer Berg an Aufgaben im Bereich des Erhaltes unserer kommunalen Infrastruktur vor uns.

Sanierungen, Unterhaltungsmaßnahmen und Instandsetzungen werden unsere Tagesordnungen lange Zeit mitprägen.

Das macht mir einerseits große Sorgen, weil damit einhergehend hohe finanzielle Aufwendungen verbunden sind, die im investiven Bereich allein mit der Zuführungsrate des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt nicht gedeckt werden können.

Andererseits tragen wir mit diesen Investitionen Verantwortung für das Wohl und die Weiterentwicklung unserer Gemeinde und sorgen damit für eine gute Lebensqualität für unserer Bürgerinnen und Bürger.

Das Geld ist auch deshalb knapp, weil wir unsere Gemeinde immer wieder zukunftsfähig machen.

Die Ausgaben unserer Gemeinde steigen in einer Dynamik, mit der die Einnahmen nicht mehr richtig mithalten können.

Die frohe Kunde eines ausgeglichenen Haushalts driftet immer mehr ins Reich der Luftschlösser ab.

Dennoch müssen wir unsere Gemeinde lebendig und wettbewerbsfähig halten.

Die Balance zu halten zwischen notwendigen, sinnvollen Investitionen und einer auskömmlichen Finanzierbarkeit wird immer mehr zu einem Kunststück.

Wir müssen bei den investiven Ausgaben hinterfragen, was erforderlich ist und was wir tatsächlich machen müssen, um unsere Gemeinde in eine sichere Zukunft führen zu können - ohne die Verschuldung unserer Gemeinde außer Acht zu lassen. Dabei sind auch Vorschläge, die zwar sinnvoll, aber nicht unbedingt erforderlich sind, kritisch zu diskutieren.

Bei allen Diskussionen, darf die derzeit immer noch niedrige Zinsphase nicht die Entscheidungsgrundlage sein. Sie darf lediglich manche notwendige Maßnahmenentscheidung erleichtern.

Betrachtet man die Finanzplanung, so sind auch in den Folgejahren größere Kreditaufnahmen erforderlich, um die darin formulierten Ziele erreichen zu können.

In Rahmen der Investitionsplanung werden wir flexibel sein müssen, vielleicht auch bisherige Sichtweisen überdenken, um der finanziellen Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde gerecht werden zu können.

Möglicherweise sollten wir auch darüber nachdenken, ob manche Projekte im Rahmen einer Öffentlich Privaten Partnerschaft (öpp) abgewickelt werden können.

-----

Im Jahr 2018 hat der Vermögenshaushalt ein Volumen in Höhe von 3.440.000 Euro.

Das sind 630 Euro je Einwohner. Ein beachtlicher Wert.

Im vergangenen Jahr lag dieser sogar bei 746 Euro je Einwohner.

Positiv ausgedrückt bedeutet das, dass wir für unsere Bürgerinnen und Bürger viel Geld für eine lebenswerte und attraktive Gemeinde ausgeben.

Das bedeutet aber auch, dass wir Vermögenswerte und Wertsteigerungen schaffen.

Mit den Investitionen, beispielsweise in Bildung und Betreuung oder in Baugebiete, haben wir erreicht, dass die statistisch prognostizierte Schrumpfung der Bevölkerung nicht nur verhindert werden konnte, sondern sogar ein leichtes Wachstum festzustellen ist.

Das, was wir in den vergangenen Jahren gemeinsam mit Ihnen als Gemeinderat mit **sinnvollen** und **notwendigen** Großprojekten auf den Weg gebracht haben, kann sich mehr als sehen lassen.

Dies schlägt sich allerdings auch in der Verschuldung nieder.

Auch im Jahr 2018 und in der Finanzplanung für die Jahre 2019 bis 2021 wollen wir mit weiteren Investitionen für eine gedeihliche Entwicklung unserer Gemeinde Akzente setzen.

### **Betreuung**

Im Bereich der Betreuung haben wir in diesem Jahr aufgrund der Prognosen für den Bedarf von **unter** 3-jährigen Kindern und des Gemeinderatsbeschlusses im Alten Rathaus eine Kleinkrippe eingerichtet.

Die aktuelle Bedarfsberechnung aus dem Jahr 2017 hat nun zum Ergebnis, dass wir auch im Betreuungsbereich der **über** 3-jährigen Kinder einen weiteren Bedarf an Betreuungsplätzen feststellen müssen.

Deshalb haben wir im Gemeinderat entschieden im Haushalt 2018 entsprechende Haushaltsmittel für die Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen im Ü 3-Bereich bereitzustellen. Dabei sind wir von der finanziell höheren Variante mit einem geringeren Fördersatz ausgegangen.

Als Einnahmen sind 63.000 Euro eingeplant. Dem stehen Ausgaben in Höhe von 365.000 Euro gegenüber.

Die Diskussion und Entscheidung werden wir noch im Gemeinderat zu führen haben.

Bei der Variante eines Waldkindergartens würde sich die Förderung auf 120.000 Euro belaufen und die Ausgaben würden 180.000 Euro betragen.

Die Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen hätte wiederum eine Erhöhung der Abmangelbeteiligung an die kirchlichen Träger der Kindergärten ab 2019 zur Folge.

Lag die Abmangelbeteiligung im Jahr 2017 noch bei 1.425.000 Euro steigt sie nun schon auf 1.480.000 Euro an. Dies bedeutet einen Anstieg um 55.000 Euro.

Nur zur Erinnerung:

Im Jahr 2006 betrug die Abmangelbeteiligung 616.000 Euro.

Die enormen Anstrengungen der Gemeinde, ein umfangreiches und hochwertiges Betreuungsangebot für unsere Bevölkerung anzubieten, schlägt sich in diesem Bereich spürbar nieder.

Anders ausgedrückt, geben wir für ein attraktives, modernes und gut ausgestattetes Angebot im Betreuungsbereich viel Geld für unsere Bürgerinnen und Bürger aus.

Das Geld ist hier gut angelegt, profitieren ja insbesondere unsere Familien davon. Und die Familienfreundlichkeit hat in unserer Gemeinde einen hohen Stellenwert.

Doch damit fehlt das Geld eben an anderer Stelle, um beispielsweise die erforderlichen Investitionen im Vermögenshaushalt finanzieren zu können.

Auch das muss unserer Bevölkerung bewusst sein.

## **Bildung**

Die weitere Sanierung unserer Grund-, Werkreal- und Realschule hat uns in diesem Jahr intensiver beschäftigt.

Mit den Ergebnissen aus der Analyse des Bestandes, des Sanierungskonzeptes und der energetischen Berechnung für das sogenannte „Hauptschulgebäude“ unseres Schulzentrums haben wir bestätigt bekommen, was wir eigentlich schon wussten.



Dieses Gebäude hat eine veraltete Bausubstanz, einen hohen Energieverbrauch und auch technisch veraltete Anlagen.

Die geschätzten Gesamtkosten für die Innen- und Außensanierung pendelten sich bei 3,26 Millionen Euro ein.

Die **Außensanierung** wird voraussichtlich 1.285.000 Euro und die **Innensanierung** 1.975.000 Euro an Kosten verursachen.

Im Gemeinderat hatten wir entschieden, die **Außensanierung** in den Jahren 2017/2018 anzugehen.

Nach Gesprächen mit den Förderstellen im Regierungspräsidium Stuttgart wurden zunächst folgende Förderungen in Aussicht gestellt:

Kommunales Investitionsprogramm:	ca. 73.900 Euro
Ausgleichsstock II:	ca. 480.000 Euro

An kommunalen Eigenmitteln wären demnach 731.300 Euro aufzubringen gewesen.

Zum Glück hatte sich die Förderung aus dem Ausgleichsstock II auf **800.000 Euro erhöht**, sodass sich der Eigenanteil der Gemeinde auf 411.300 Euro **reduziert** hat und die Gesamtförderquote ca. 68 % beträgt.

Die Maßnahme wird nach der Beschlusslage komplett im Jahr 2018 umgesetzt.

Die Innensanierung haben wir in der Finanzplanung in den Jahren 2019 und 2020 dargestellt.

Im Jahr 2019 gehen wir von 1.050.000 Euro an Ausgaben und Förderungen in Höhe von 600.000 Euro aus. Finanzierungsdelta: 450.000 Euro.

In 2020 schätzen wir mit 725.000 Euro an Ausgaben und 560.000 Euro an Fördermitteln. Finanzierungsdelta: 165.000 Euro

Wie, bei wem, in welcher Höhe und nach welchen Kriterien die infrage kommenden Fördermittel aus dem Kommunalen Sanierungsfonds des Landes, die Bundesmittel für Schulsanierung im Rahmen des Kommunalinvestitionsfonds und die sogenannten „Wanka-Milliarden“ für die Digitalisierung von Schulen an die Schulträger verteilt werden ist noch nicht ganz geklärt.

So wie es aussieht, wird es entweder aus dem Kommunalen Sanierungsfond des Landes oder aus dem Kommunalinvestitionsfonds des Bundes Sanierungsmittel für **eine** Kommune geben.

Mittel aus dem Ausgleichsstock können parallel dazu beantragt werden.

Zumindest wird sich wohl meine Forderung aus dem vergangenen Jahr erfüllen, nämlich mehr Fördermittel für die Sanierung von Schulen bereitzustellen.

Nun kommt es nur noch darauf an, ob diese hoch genug sind und genügend Entlastung, vor allem für finanzschwache Kommunen wie Sontheim an der Brenz bringen werden.

Damit wir auch hier bald Klarheit bekommen, ist es enorm wichtig, dass die Bundesregierung, in welcher Konstellation auch immer, endlich gebildet wird, damit baldmöglichst dringend erforderliche Entscheidungen – die vor der Bundestagswahl bewusst nicht mehr entschieden wurden – auf Bundesebene getroffen werden können und der Bund auch endlich seiner Verantwortung gegenüber den Ländern und Kommunen gerecht wird. Dieses Trauerspiel muss ein Ende haben.

Auf jeden Fall werden wir im Jahr 2018 über die Art und Weise, den Umfang und die Finanzierung der Innensanierung des Hauptschulgebäudes im Gemeinderat beraten müssen.

## **Wohnbebauung**

Ein weiterer wichtiger Bereich in der Gemeindeentwicklung ist die Bereitstellung von ausreichend Bauplätzen in allen Ortsteilen unserer Gemeinde.

Der gut florierende Verkauf von Bauplätzen in den letzten Jahren zeigt uns, dass sich die Investitionen in Bildung, Betreuung und in die Infrastruktur gelohnt haben und die Bauwilligen sich bewusst für unsere Gemeinde entscheiden, weil wir eine attraktive und lebenswerte Gemeinde sind, in der es vielfältige Einkaufsmöglichkeiten vor Ort gibt, die man in anderen Gemeinden unserer Größenordnung so nicht findet.

Die Verwaltung hatte bereits eine Erschließungskonzeption vorgelegt, die bis ins Jahr 2025 reicht.

Auf dieser Basis hatten wir im Gemeinderat entschieden, die Erschließung des Baugebietes „Oberer Bogen II“ in Brenz auf den Weg zu bringen.

Die Erschließung der 13 Bauplätze wird im Jahr 2018 zum Abschluss gebracht.

Die Bauplätze werden bald nach unseren neuen Richtlinien zur Vergabe von Bauplätzen vergeben.

Darüber hinaus hat der Gemeinderat in seiner Septembersitzung weitere Entscheidungen zur Erschließung von Baugebieten getroffen:

Nachdem die, im Bergenweiler Baugebiet „Watzelsdorfer Straße“ vorhandenen Bauplätze der Gemeinde nun alle verkauft sind, hatte die Verwaltung vorgeschlagen, die Planungen für das Baugebiet „Watzelsdorfer Straße – Abschnitt II“ voranzutreiben und die Gelder für die Umsetzung in den Haushalt 2018 einzuplanen.

In diesem Bereich haben wir bereits einen rechtskräftigen Bebauungsplan und die Grundstücke sind im Besitz der Gemeinde.

Einer zügigen Erschließung steht nichts im Wege.

Die Frage war nur, ob eine Gesamterschließung dieses Baugebietes erfolgt oder ob eine Erschließung in 2 Stufen umgesetzt wird.

Der Gemeinderat hat sich entschieden, die Haushaltsmittel für die Umsetzung des östlichen Teiles mit der Erschließung von 6 Bauplätzen in den Haushaltsplan 2018 einzuplanen und die Planungsleistungen zu vergeben.

Für den Straßenbau sind im Haushaltsplanentwurf 157.500 Euro, für Straßenbeleuchtung 47.500 Euro, für Abwasser 85.000 und beim Eigenbetrieb Wasserversorgung 38.500 Euro vorgesehen.

Auch für Sontheim haben wir im Gemeinderat bereits Entscheidungen getroffen.

Im Baugebiet „Weiherbraike“ stehen nur noch wenige Bauplätze zur Verfügung. Wer hier noch einen Bauplatz möchte, sollte nicht mehr zu lange warten.

Die Bauplätze im Baugebiet „Riegele“ sind alle verkauft und bebaut.

Deswegen haben wir im Gemeinderat entschieden, dass die Planungen für das Baugebiet „Riegele – Abschnitt II“ vorangebracht werden sollen und die hierfür erforderlichen Planungsleistungen im Jahr 2018, nach Sicherung der Grundstücke, zu erbringen sind.

Planungsrechtlich ist die Erweiterung dieses Wohnbaugebietes bereits im Flächennutzungsplan ausgewiesen, sodass die Aufstellung eines Bebauungsplanes unproblematisch ist.

Die Erschließungskosten hat die Verwaltung in der mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2019 berücksichtigt, damit auch in Sontheim zeitnah weitere Bauplätze zur Verfügung stehen.

Für Straßenbau 100.000 Euro, für Straßenbeleuchtung 25.000 Euro, für Abwasser 150.000 Euro und beim Eigenbetrieb Wasserversorgung 67.500 Euro.

Sollte die Umsetzung aller Maßnahmen im Bereich der Wohnbebauung erfolgen, dann stehen auch in naher Zukunft in allen Ortsteilen Bauplätze zur Verfügung.

### **Sanierung von Straßen und Brücken**

Wie wir alle wissen, haben die Ergebnisse aus den Untersuchung der Straßenzustände ergeben, dass wir rechnerisch 15 Jahre lang durchschnittlich 200.000 Euro – insgesamt 3 Millionen Euro – in den Haushalten bereitstellen müssen, um den Sanierungsstau **wenigstens nicht noch** größer werden zu lassen.

Die Sanierungsmaßnahmen im Teilabschnitt des Finkenweges wurden in diesem Jahr nicht mehr begonnen, damit wir in diesem Bereich über den Winter keine unfertige Baustelle haben. Die geplanten Maßnahmen werden im nächsten Jahr umgesetzt und mit den Haushaltsansätzen aus 2017 finanziert.

Im Verwaltungshaushalt sind wieder 100.000 Euro für die Unterhaltung der Gemeindestraßen eingeplant.

Für die Sanierung der Gemeindeverbindungsstraße Brenz – Bächingen sind zumindest 120.000 Euro im Vermögenshaushalt eingestellt.

Die Diskussionen über den Umfang der Sanierungsmaßnahmen müssen im Gemeinderat noch geführt werden.

Beschäftigen wird uns in den nächsten Jahren auch die Sanierung von gemeindlichen Brücken.

In diesem Haushaltsplanentwurf sind für die Sanierung der Radwegbrücke nach Niederstotzingen 20.000 Euro vorgesehen. Da sich diese Brücke direkt auf der Gemarkungsgrenze nach Niederstotzingen befindet, sollen diese Kosten nach Gesprächen mit der Stadt Niederstotzingen geteilt werden.

Für die Sanierung des Radwegsteges über die Hürbe sind 35.000 Euro eingeplant.

Auch in der mittelfristigen Finanzplanung sind 100.000 Euro im Jahr 2019 und 130.000 Euro im Jahr 2020 vorgesehen.

Für die, aus Reihen des Gemeinderates angedachte Anbindung des Baugebietes „Oberer Bogen“ mit einer Brücke oder einem Steg über die Brenz nach Sontheim, sind in der Finanzplanung im Jahr 2020 180.000 Euro berücksichtigt.



## **Kanalsanierungen**

Aufgrund der Eigenkontrollverordnung und dem auf Untersuchungen basierenden Allgemeinen Kanalisationsplan (AKP), stellen wir seit vielen Jahren 110.000 Euro für die Sanierung von Kanälen in die Haushalte ein.

Im Jahr 2018 muss aufgrund des AKP's eine Kanalaufweitung im näheren Bereich zur Hauptstraße/Gundelfinger Straße umgesetzt werden.

Deshalb ist im Haushaltsplan eine Summe mit 285.600 Euro zur Realisierung dieser erforderlichen Maßnahme eingeplant.

## **Digitale Infrastruktur**

Nach wie vor - und das wird sich auch nicht ändern - ist der Aufbau einer zukunftsfähigen und leistungsfähigen digitalen Infrastruktur enorm wichtig.

Eigentlich ist dies eine Aufgabe des Bundes. Doch den vorgesehenen flächendeckenden Ausbau hat der Bund bedauerlicherweise bis heute noch nicht hinbekommen.

Andere europäische Länder sind uns hier teilweise deutlich voraus.

Leider müssen beim Breitbandausbau wieder die Kommunen mitfinanzieren, damit der flächendeckende Ausbau, gerade im ländlichen Bereich überhaupt vorankommt.

Gemäß unserem Allgemeinen Breitbandplan werden wir wie gewohnt Leerrohre verlegen. Im Haushalt 2018 und in den Folgejahren haben wir hierfür jeweils 70.000 Euro vorgesehen.

Nun bin ich froh, dass die Deutsche Telekom sich bereit erklärt hat, die Kabelverzweiger (FTTC) bis Herbst 2018 **auf eigene Kosten** mit Glasfaser anzufahren und die erforderliche Technik aufzubauen.

Denn dieser Ausbau hätte für die Gemeinde Kosten im sechststelligen Bereich bedeutet. Das ist für uns eine wichtige finanzielle Entlastung.

Wir erhalten damit wir in den noch nicht ausreichend versorgten Bereichen unserer Gemeinde eine Bandbreite bis maximal 100 MB. Geplant ist von der Deutschen Telekom sogar eine Bandbreite bis zu 250 MB.

Ganz zurücklehnen können wir uns allerdings nicht.

Denn der Ausbau muss fortschreiten, mit dem mittel- bis langfristigen Ziel den **Glasfaserausbau bis ans Haus (FTTH)** umzusetzen.

Verbunden mit der Hoffnung, dass Bund und/oder Land oder vielleicht auch ein Marktanbieter diesen Ausbau ohne große finanzielle Mitwirkung unserer Gemeinde realisieren werden.

### **Umstellung von Kameralistik auf Doppik**

Die Umstellung von der kameralistischen Buchführung auf die doppelte Buchführung muss in Baden-Württemberg bis zum 01.01.2020 abgeschlossen sein.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dies bis zum 01.01.2019 zu schaffen.

Wir sind auf einem guten Weg und deshalb bin ich optimistisch, dass wir dieses Ziel auch nach dem Weggang unseres Kämmers erreichen können.

Beratung, Vermögenserfassung, neue Software und Migrationsmodule verursachen im Verwaltungshaushalt Kosten in Höhe von 45.000 Euro und im Vermögenshaushalt sind Mittel in Höhe von 65.500 Euro eingestellt.

110.000 Euro Ausgaben, von denen unsere Bürgerinnen und Bürger eigentlich nichts haben.

Insofern bedeutet diese Reform nicht nur einen immensen Verwaltungsaufwand, vor allem bei der Erfassung sämtlicher gemeindlicher Vermögenswerte, sondern auch einen nicht unerheblichen finanziellen Aufwand.

### **Straßenbeleuchtung**

Entsprechend der Entscheidung im Gemeinderat aus dem Jahr 2016 haben wir für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED wieder 100.000 Euro im Haushalt 2018 vorgesehen und dies auch in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

### **Gewerbegebiet**

Die Grundstücksverhandlungen für die Flächen im „Gewerbegebiet zwischen K 3023 und Heinrich-Röhm-Straße“ ziehen sich schon jahrelang hin.

Inzwischen konnten wir die meisten Flächen erwerben. 2 Grundstückseigentümer haben bisher noch nicht verkauft.

Wir sind aber optimistisch, dass dies im Jahr 2018 gelingen kann.

Deshalb hat die Verwaltung in der Finanzplanung die erforderlichen Gelder für die Erschließung dieses Gewerbegebietes im Jahr 2019 eingeplant.

Insgesamt für Straßenbau, Beleuchtung, Abwasser und Wasser sind dies ca. 890.000 Euro.

## **Freiwillige Feuerwehr**

Das Feuerwehrgerätehaus der Abteilung Sontheim ist ins Alter gekommen und die Anforderungen an eine solche Einrichtung haben sich verändert. Hinzu kommt, dass dieses Feuerwehrgerätehaus aus der Umnutzung eines vorhandenen Gebäudes entstanden ist. Handlungsbedarf ist angezeigt.

Die bereitgestellten Planungskosten aus diesem Jahr in Höhe von 50.000 Euro wurden noch nicht verbraucht.

Bevor wir in die Planung einsteigen, muss geprüft werden, ob dieses Projekt vielleicht auch mit einem privaten Partner realisiert werden kann. Heutzutage spricht man von ÖPP oder PPP, also einer Öffentlich Privaten Partnerschaft.

Das kommende Jahr müssen wir zusammen mit Gemeinderat und der Freiwilligen Feuerwehr dazu nutzen, um hier eine Lösung zu finden, von der alle profitieren, Synergieeffekte entstehen und die Finanzierbarkeit dieses Projektes darstellbar wird.

In den Jahren 2020 und 2021 der mittelfristigen Finanzplanung haben wir mit jeweils 1,5 Millionen Euro dieses Projekt finanziell dokumentiert. Unser Bestreben muss es allerdings unbedingt sein, den Kostenrahmen in Anbetracht der ansteigenden Verschuldung, nicht außer Acht zu lassen.

## **Gewerbesteuer**

Die Gewerbesteuereinnahmen in unserer Gemeinde sind nicht so hoch wie in anderen vergleichbaren Kommunen.

Aufgrund der konjunkturellen Lage sind im Jahr 2016 dennoch die geplanten Gewerbesteuereinnahmen von 1 Mio. Euro auf über 1,5 Mio. Euro angestiegen. Eine Verbesserung von über 500.000 Euro.

Die für 2017 prognostizierten Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 1.180.000 Euro werden nach heutigem Stand wohl übertroffen werden.

Die Kämmerei ist aufgrund des anhaltenden Konjunkturhochs von Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 1,3 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2018 ausgegangen.

Falsch ist diese Einschätzung nicht, denn die Ökonomen sehen einen kräftigen Aufschwung der deutschen Wirtschaft. Die führenden Wirtschaftsinstitute haben ihre Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandproduktes für 2017 um 0,2 Prozent auf 1,9 Prozent erhöht. Für 2018 rechnen Sie gar mit einem Wachstum von bis zu 2,1 Prozent.

## **Kreisumlage**

Nach den Beratungen im Kreistag wird die Kreisumlage um 1,19 Prozentpunkte steigen und sich von 35,5 auf 36,69 Prozent erhöhen.

In diesen 36,69 Prozent ist der Solidaritätsbeitrag der Kommunen zur Stärkung des Klinikums Heidenheim in Höhe von eben diesen 1,19 Prozentpunkten enthalten.

Das Klinikum des Landkreises Heidenheim muss gestärkt werden, damit die Menschen unseres Landkreises und damit auch die Sontheimer Bevölkerung ein leistungsfähiges, modernes und medizinisch hochwertiges Klinikum auch in der Zukunft in unserem Landkreis zur Verfügung haben.

Leider ist es auch hier so, dass die Finanzierung und Unterstützung der Kliniken durch den Bund mehr als zu wünschen übrig lässt.

Das Ergebnis ist einfach:

Die Kommunen müssen mitzahlen, um den Landkreis bei der Finanzierung des Klinikums zu unterstützen.

Das ist politisch sicher die richtige Entscheidung.

Doch dieses Geld fehlt, um Maßnahmen vor Ort - in unseren Gemeinden, für unsere Bürgerinnen und Bürger - realisieren zu können.

In dem vorliegenden Planwerk sind wir noch von einer Kreisumlage in Höhe von 36,8 Prozent ausgegangen. Diese wird sich geringfügig reduzieren.

Im Jahr 2017 lag die Kreisumlage bei 2.137.400 Euro.

Im Jahr 2018 liegt sie nun bei 2.460.206 Euro

Das ist eine Erhöhung um 322.806 Euro.

Dieses Geld fehlt uns und führt dazu, dass die Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt deutlich geschmälert wird. Zur Finanzierung der Investitionen fehlen uns diese Finanzen und führen voraussichtlich zu einer höheren Kreditaufnahme.

Die Zuführungsrate beträgt im Haushaltsjahr 2018 voraussichtlich

711.500 Euro und fällt leicht höher aus als im vergangenen Jahr.

Trotz der gestiegenen Kreisumlage haben wir im Entwurf des Haushaltsplanes für 2018 **keine** Erhöhung bei der Grundsteuer A, der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer vorgesehen.



## **Allgemeine Finanzwirtschaft**

In der allgemeinen Finanzwirtschaft sind bei den Steuern, Allgemeinen Zuweisungen und Umlagen die **Einnahmen** um 610.500 Euro höher als noch im Vorjahr.

Insbesondere haben sich hier der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, die Gewerbesteuer und die Kommunale Investitionspauschale verbessert.

Doch das kann uns leider keinen Anlass zur Freude geben.

Die **Ausgaben** sind leider um 503.400 Euro angestiegen.

Wie bereits erwähnt, ist dies zum einen auf die Kreisumlage, aber auch die Gewerbesteuerumlage und die Finanzausgleichsumlage zurückzuführen.

Unter dem Strich nur eine Verbesserung von 107.000 Euro.

Der Haushaltsplan 2018 hat nach dem vorliegenden Entwurf ein **Gesamt-volumen** in Höhe von 17.393.200 Euro (Vorjahr: 17.063.200 Euro).

Davon entfallen auf den **Verwaltungshaushalt** 13.952.900 Euro (Vorjahr: 13.024.100 Euro)

und

auf den **Vermögenshaushalt** 3.440.300 Euro (Vorjahr: 4.039.100 Euro).

Der **Gesamtbetrag** der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen beläuft sich nach dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf auf 1.094.600 Euro (Vorjahr: 1.354.500 Euro).

Der Stand der Rücklagen beträgt zu Beginn des Planjahres voraussichtlich 336.950 Euro.

Meine Damen und Herren,

der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat richtigerweise zum Ausdruck gebracht, dass Deutschland schnell eine handlungsfähige Regierung bekommen muss, um den zentralen Herausforderungen der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürgern gerecht zu werden.

Dies habe ich in meiner Haushaltsrede an der einen oder anderen Stelle erwähnt.

Gerade die kleineren und mittleren Städte und Gemeinden müssen künftig stärker im Fokus stehen.

Immerhin leben 70 % der Menschen in Deutschland **nicht** in großen Städten und der überwiegende Teil der Wertschöpfung findet abseits der Ballungsräume statt.

In Zukunft sollte deshalb noch mehr und gezielt in die Potenziale der ländlichen Regionen investiert werden.

Das ist eine Forderung, aber leider noch nicht die Lösung für die Entwicklung im ländlichen Raum, weil der politische Wille noch folgen muss.

Erhalten, restaurieren, sanieren – ein Generationenauftrag, den die Kommunen, wie auch die Gemeinde Sontheim an der Brenz, zu bewältigen haben.

Jede Zeit bringt ihre eigenen anspruchsvollen Aufgaben und Herausforderungen mit sich – im Moment leider mehr als uns lieb ist.

Dennoch müssen wir mit Tatkraft, Sachverstand und Vertrauen diese Aufgaben und Herausforderungen angehen.

Cool bleiben ist dabei nicht schlecht.

Aber vor allem müssen wir diese Anforderungen gemeinsam, sachlich und vielleicht auch mit neuen Ideen meistern.

Das Jahr 2018 wird kommen.

Lassen Sie uns bereit sein.

Nun wünsche ich Ihnen eine gute Beratung innerhalb ihrer Fraktionen und ich freue mich auf sachliche und faire Haushaltsplanberatungen.